

DIE LINKE.

in Niddatal

**DIE LINKE. Niddatal
kandidiert zur
Kommunalwahl am
14. März 2021**



Reinhard Frische

Rentner, Dipl. Ing. Verfahrenstechnik, Bönstadt



Meike Jockers,

Studentin, Assenheim

*Alle zehn Kandidatinnen
und Kandidaten auf
Seite 2*

Februar/März 2021

DIE LINKE. bleibt hartnäckig:

Wohnen muss bezahlbar sein!

Luxuswohnungen und Einfamilienhäuser werden überall gebaut. Aber bezahlbare Mietwohnungen, die sich auch Normalverdiener:innen und Menschen mit niedrigem Einkommen leisten können, sind Mangelware! Die Mieten steigen. Nur ausreichend sozialer Wohnungsbau könnte die Mieten drücken. DIE LINKE. setzte sich von Anfang an für bezahlbaren Wohnraum in Niddatal ein - und wird das auch zukünftig tun.

Dass bezahlbarer Wohnraum entsteht, war für uns nach der Kommunalwahl 2016 das stärkste Argument für eine Koalition mit der SPD. Wir haben darauf gedrungen, dass in den Koalitionsvereinbarungen bezahlbares Wohnen ein wichtiger Punkt wurde. Jeder neue Bebauungsplan sollte 30 Prozent bezahlbare Mietwohnungen vorsehen. Mit dem Baugebiet Gollacker hätte es dafür eine Möglichkeit

gegeben. CDU, FDP und Grüne lehnten das rundweg ab. Heute wollen sie die Beschlüsse der Stadt-

Weiter auf Seite 2

**Das
Programm
der Linken
in Kurzform
Seite 2 bis 4**

Fortsetzung von Seite 1

DIE LINKE. Niddatal kandidiert zur Kommunalwahl am 14. März 2021

Zehn Kandidatinnen und Kandidaten hat DIE LINKE in Niddatal für die Wahl am 14. März 2021 aufgestellt:

- Reinhard Frische (Bönstadt),
- Meike Jockers (Assenheim),
- Daniel Urban (Assenheim)
- Sonja Djurovic (Ilbenstadt)
- Rudi Kreich (Assenheim)
- Mathias Lenz (Ilbenstadt)
- Norbert Eidenhammer (Assenheim)
- Stefan Hemmis (Assenheim)
- Christa Kreich (Assenheim)
- Jens Alexander Kliez (Assenheim).

**DIE LINKE.
Niddatal**
ViSdP.: Rudi Kreich
e-mail:
[info@die-linke-
wetterau.de](mailto:info@die-linke-wetterau.de)

Fortsetzung von Seite 1

DIE LINKE. bleibt hartnäckig:

Wohnen muss bezahlbar sein!

verordnetenversammlung zum Gollacker wieder zurücknehmen. Bezahlbarer Wohnraum interessiert sie nicht.

Werden nicht auch in Niddatal die Mieten immer teurer? Die Stadt muss hier gegensteuern! Der private Markt wird keine bezahlbaren Wohnungen schaffen! Auch deshalb steht DIE LINKE zum Gollacker.

Das Baugebiet Gollacker ist als Energie-Plus-Siedlung geplant. Also würde es vom Land Hessen stark

bezuschusst werden. Für 25 Prozent der Siedlung wurden bezahlbare Mietwohnungen beschlossen.

**Die Zeit der
Einfamilienhäuser
ist vorbei!**

Langsam setzt sich in vielen Kommunen die Erkenntnis durch, dass Klima- und Umweltschutz zwingend sind. Das flächenfressende Einfamilienhaus ist ein Auslaufmodell. Eine mehrstöckige Bauweise ist umweltverträglicher. Und der Bau bezahlbarer Mietwohnungen ist so wirtschaftlicher.

Niddatal soll sich der kreiseigenen Wohnungsbaugesellschaft anschließen!

Es sieht so aus, als würde der Wetteraukreis eine Wohnungsbaugesellschaft gründen. Jahrelang hat das die Linke Fraktion im Kreistag beantragt. Denn Wohnen ist ein Grundrecht und darf nicht dem privaten, profitorientierten Markt überlassen bleiben. Jetzt liegt auch ein Antrag der Kreistagskoalition aus SPD und CDU vor. Wenn diese Wohnungsbaugesellschaft tatsächlich entsteht, muss sich Niddatal beteiligen! Sozialer Wohnungsbau ist in einem Zusammenschluss leichter zu realisieren.

Gollacker soll sterben. An Ignoranz.

Bürgermeister Hahn will den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung für ein Neubaugebiet im Gollacker nicht umsetzen. „Das ist mein Ziel“, sagte er im Juni 2020 in der Wetterauer Zeitung. Und er bestritt, dass Niddatal Wohnraum braucht. Er sagte: „Wenn das Kasernengelände in Friedberg bebaut wird, wird niemand mehr nach Assenheim ziehen. Wir haben hier keinen Wohnraumbedarf.“

Liest der Bürgermeister keine Zeitung? Sieht er keine Nachrichten? Weiß er nicht, wie hoch der Bedarf für bezahlbaren Wohnraum im Rhein-Main-Gebiet und im näheren Umland ist?

Kinderbetreuung: Bedarfsgerecht und sozial

Frühkindliche Bildung ist sehr wichtig! Deshalb ist nicht einzusehen, dass die Kinderbetreuung Gebühren kostet. Langfristig sollte die Kinderbetreuung kostenfrei gestellt werden - genau wie der Schulbesuch.

Dies wäre machbar, denn die Elternbeiträge decken ohnehin maximal 15 bis 20 Prozent der Kosten. Die Stadt trägt den größten Teil der Aufwendungen und das ist der Hauptgrund für Haushaltsdefizite. Wir sind der Meinung, dass Land und Bund die Kosten der frühkindlichen Bildung vollständig übernehmen müssen. Als mittelfristige Zwischenlösung möchte DIE LINKE die Elterngebühren staffeln. Das heißt: Eltern mit geringem Einkommen zahlen weniger als Besserverdienende.

Zudem lehnen wir eine Zentralisierung der Kita-Plätze in Ilbenstadt ab. Kinder sollten wohnortnah betreut werden. Autofahrten zur Kita im Nachbarstadtteil sind zu vermeiden.

Wohnen muss bezahlbar sein!

DIE LINKE.
Kreisverband Wetterau



Öffentlicher Nahverkehr:

In engem Takt

Was Niddatal dringend braucht, ist ein innerstädtischer Busverkehr.

Am besten als Ringverkehr zwischen den Ortsteilen.

Auch die Bahnhöfe in Nieder-Wöllstadt und Assenheim müssen angebunden sein. Haltestellen sollte es an Schulen, Kindereinrichtungen, Einkaufsmärkten, Arztpraxen und Apotheken geben. Auf Barrierefreiheit ist zu achten.

...auch am Wochenende

Auch an den Wochenenden und in den Abendstunden (bis 22 Uhr) muss der Bus fahren. Man könnte die Einrichtung eines Anrufsammeltaxis oder Bürgerbusses prüfen.

Tempo 30

In den Stadtteilen und auch auf den Durchgangsstraßen trägt Tempo 30 zur Verkehrssicherheit und zum Lärmschutz bei.

Strassenbeiträge

Strassenbeiträge belasten die Bürger:innen. Schnell können da große Summen

Man muss auch mal NEIN sagen !

Keine weiteren Gebührenerhöhungen! Mit den kommunalen Abgaben wurde praktisch eine zweite Steuer eingeführt. Wie wäre es stattdessen mit einer Vermögenssteuer, einer Steuer auf reiche Erbschaften und Spekulationen?

zusammen kommen. Da der Niddataler Haushalt wieder in die schwarzen Zahlen geführt wurde, könnte es sich die Stadt leisten, auf die Strassenbeiträge ganz zu verzichten. Doch CDU, FDP und Grüne haben im Herbst 2020 den Antrag der Koalition aus SPD und Linken abgelehnt, die Strassenbeiträge abzuschaffen! Die Bürger:innen sollen zahlen!

Wählen Sie am
14. März 2021
DIE LINKE.

Jugendtreff: Kein Luxus!

Jugendliche müssen sich treffen können - Ohne Konsumzwang und ohne dass sie ein Gasthaus aufsuchen müssen. Ein Jugendtreffpunkt, Kultur-, Sport- und Freizeitmöglichkeiten sind kein Luxus. Dafür zu sorgen, ist Aufgabe der Stadt.

Bürgerhäuser: Versammlungsort für alle

DIE LINKE. Niddatal steht für den Erhalt der Bürgerhäuser in allen Stadtteilen, Bürgerhäuser sind Zentren der Begegnung, der Vereinsarbeit, der Zivilgesellschaft. Sie fördern das soziale Leben.

DIE LINKE fordert, dass endlich mit der Renovierung des Bürgerhauses in Ilbenstadt begonnen wird! Der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom September 2016 muss umgesetzt werden!

Jetzt in der Pandemie hat sich gezeigt, wie wichtig das Bürgerhaus Ilbenstadt für das soziale Leben ist. Wegen seiner Größe konnten die Abstandsregeln eingehalten werden, Vereine konnten tagen und politische Versammlungen konnten stattfinden.